



Hat im Grossen Rat Schiffbruch erlitten: Das Standort- und Raumkonzept. Foto: Fotolia.

Standort- und Raumkonzept erleidet Schiffbruch

GL alv. Nach fünf Jahren Vorarbeit des Departements für Bildung, Kultur und Sport weigerte sich der Grosse Rat, auf die Botschaft zum Standort- und Raumkonzept für die Schulen der Sekundarstufe II einzutreten. Regionale Befindlichkeiten, aber auch eine weitverbreitete Unzufriedenheit mit der Arbeit der Verantwortlichen hat zu diesem enttäuschenden Resultat geführt.

Die Geschäftsleitung des alv ist glücklich darüber, dass dieses halbherzige Projekt nicht weiter verfolgt wird. Weder die erhofften Einsparungen noch die angepeilten Ziele hätten mit diesem Vorschlag erreicht werden können. Bei genauer Betrachtung muss in finanzieller Hinsicht sogar von einem eigentlichen Nullsummenspiel gesprochen werden. Die ursprüngliche Absicht, das aktuelle und zukünftige Raumproblem für die Gymnasien zu lösen, konnte nicht erreicht werden. Ab 2025 muss so oder so zusätzlicher Schulraum für die Gymnasien zur Verfügung gestellt werden. Im Moment kann die Verteilung der Gym-

nasiastinnen und Gymnasiasten mit den zur Verfügung stehenden Mitteln so geregelt werden, dass der bestehende Schulraum optimal ausgenutzt wird (vgl. Kommentar des AMV auf Seite 16) Die bestehenden kaufmännischen Berufsschulen funktionieren alle einwandfrei und geben zu keinerlei Beanstandungen Anlass. Die willkürliche Definition von Kompetenzzentren ausschliesslich über das Kriterium der Anzahl Schülerinnen und Schüler war praxisfern und nicht nachvollziehbar. Das Aufheben von gut verankerten Schulstandorten muss zu einer qualitativen Verbesserung führen, sonst gilt es, darauf zu verzichten. Bleibt noch der Sektor der gewerblich-industriellen Berufsschulen, wo allgemein anerkannt wird, dass sich eine Konzentration der Berufsfelder aufdrängt. In der Botschaft stand zur Lösung dieses Problems kein Wort. Die verantwortliche Abteilung ist nun gefordert, zusammen mit den betroffenen Schulen und Berufsorganisationen eine umsetzbare und für alle akzeptable Lö-

sung aufzuzeigen. Für solche Entscheidungen fehlt dem Grossen Rat die fachliche Kompetenz.

Regierung stützt für einmal das Personal

In einem offenen Brief hat der Regierungsrat noch weitergehende Abbauforderungen der Wirtschaftsverbände mit deutlichen Worten abgelehnt. Das Personal habe mit mehreren Nullrunden bei den Löhnen, mit Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen und mit dem Abbau von 600 Stellen (470 davon allein in den Schulen) einen wesentlichen Sparbeitrag geleistet. Eine pauschale Stellenreduktion, unbeschrieben der zu erbringenden Leistung, komme deshalb nicht infrage. Auch die Beitragsparität in der beruflichen Vorsorge, die bei vergleichbaren Arbeitgebern nirgends vorkomme, sei für die Regierung kein Thema, da diese einer Lohnreduktion von bis zu 2,6 Prozent entsprechen würde. Der Kanton müsse aufpassen, dass er nicht zu einem unattraktiven Arbeitgeber werde. (Anmerkung der Geschäftsleitung: falls

er dieses nicht, wie im Bildungsbereich, schon heute ist).

Insgesamt brauche es für eine ausgewogene Finanzpolitik auch Massnahmen auf der Einnahmenseite, zumal der Steuerfuss 2008 um 5 Prozent gesenkt wurde und auch die Steuertarife in zwei Runden reduziert wurden. Die GL des alv unterstützt ausnahmsweise den Regierungsrat in seiner Argumentation und fordert diesen auf, die Personalpolitik wieder höher zu gewichten als die Finanzpolitik. Das Personal vermisst diese Wertschätzung seines Arbeitgebers seit vielen Jahren.

Zukunft der Fremdsprachen im Aargau

In einem Bericht zum Fremdsprachenunterricht an der Volksschule, den der Grosse Rat gefordert hatte, ortet der

Regierungsrat einen Handlungsbedarf beim Französischunterricht an der Primar- und an der Realschule. In beiden Bereichen entspricht der Kanton Aargau nicht der EDK-Sprachenstrategie. Mit Blick auf die gesamtschweizerischen Diskussionen und die Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung verzichtet die Exekutive jedoch auf kurzfristige Anpassungen. Sie stellt aber in Aussicht, die Koordination mit den umgebenden Kantonen mit der Einführung des Aargauer Lehrplans und der angepassten Stundentafel an die Hand zu nehmen. Bis dann wird sich auch zeigen, ob der Bund in Bezug auf den Sprachenunterricht in die Bildungshoheit der Kantone eingreift.

Auch wenn die GL zu einem Wechsel in der Reihenfolge der Frühfremdsprachen neigt, unterstützt sie in dieser An-

gelegenheit die vorsichtige Haltung des Regierungsrats. Zum Einen, weil im Moment die finanziellen Mittel für ein solches Projekt fehlen, zum Anderen, weil unter Umständen ein kurzfristiger Wechsel nach einem allfälligen Entscheid des Bundes noch einmal angepasst werden müsste – das schlechteste aller möglichen Szenarien.

Manfred Dubach, Geschäftsführer alv

Aus der alv GL-Sitzung vom 5. September.



Kathrin Scholl, Lenzburg



Manfred Dubach, Zofingen

Für die Bildung wollen wir alv-Mitglieder die fähigsten Leute im Grosse Rat. Deshalb gehören die beiden Geschäftsführenden des alv in den Bezirken Lenzburg und Zofingen zweimal auf jeden Wahlzettel.

Elisabeth Abbassi, alv-Präsidentin

